

arbeit mit Initiativen und Verbänden, die schon eine Nähe zu diesen Gruppen haben usw. Wichtig kann dabei werden, Schlüsselpersonen zu gewinnen, die bei den entsprechenden Adressaten bekannt sind, Vertrauen genießen oder Brücken bauen können. Wir sprechen daher auch von „Brücken-“ oder „Vertrauenspersonen“. Das können Sozialarbeiter/-innen sein, Erzieher/-innen in Kitas, Berater/-innen und Vermittler/-innen in den Jobcentern, Ehrenamtliche oder besonders Engagierte.

Obwohl die Idee der Aufsuchenden Bildungsarbeit sich bereits bei Paulo Freire findet (der in den 1960er Jahren Alphabetisierungsprogramme für die Landbevölkerung und Bewohner/-innen von Slums Brasiliens entwickelte) und im Kontext mit Zielgruppenarbeit in der Erwachsenenbildung schon früh (etwa durch Hans Tietgens und Horst Siebert) aufgenommen wurde, ist das doch ein Denken, das uns zumeist fremd ist. Wir sind es gewohnt, Angebote zu entwickeln, Kurse anzubieten, diese zu bewerben, um dadurch Teilnehmende zu gewinnen. Das wird durch Aufsuchende Bildungsarbeit auch nicht ersetzt, es geht vielmehr um die Einsicht, dass diese Strategien bei manchen Gruppen und Milieus nicht greifen. Es besteht oft eine gegenseitige Fremdheit, die ein Stück weit überwunden werden muss.

| Welche Zielgruppen können mit Aufsuchender Bildungsarbeit erreicht werden und warum sollten diese erreicht werden?

Wenn ich sage, dass das im Prinzip all die Gruppen sind, die bisher wenig oder gar nicht an Weiterbildung partizipieren, dann setze ich voraus: Alle Erwachsenen haben Bildungsinteressen, aber nur ein Teil davon artikuliert das offen und setzt das in Teilnahme an institutionalisierter Weiterbildung um. Es geht jetzt darum, sich stärker mit dem „Nicht-Teilnehmenden“ zu befassen, und das nicht als „Makel“ oder „Defizit“ zu sehen. Man stößt dann auf eine Reihe von Begriffen, Faktoren und Kriterien, mit denen man versucht, diese Gruppen zu beschreiben: „Bildungsbenachteiligte“, „Bildungsferne“, „Bildungsarme“ oder auch „Bildungsungewohnte“. Häufig ballen sich soziale und kulturelle Merkmale unterprivilegierter Milieus. D.h., es handelt sich oft um Familien mit niedrigem sozialen Status, geringen Bildungs- und Berufsqualifikationen mit Beschäftigung in entsprechenden Branchen, bisweilen prekäre berufliche und familiäre Verhältnisse, mitunter wohnhaft in benachteiligten Quartieren, teilweise auch Migrationshintergrund, Menschen, bei denen von „Grundbil-

„Es geht darum Distanzen und Barrieren, die etliche Menschen gegenüber Weiterbildungseinrichtungen haben, aktiv zu überbrücken, Nähe herzustellen zu den Sozialräumen, Lebenswelten und Niveaus.“

Prof. Dr. Helmut Bremer

bedarfen“ ausgegangen wird. Wichtig ist aber sich klarzumachen: Oftmals ist der Selbstausschluss aus Bildung („Bildung – das ist nichts für mich“) Folge früherer Erfahrungen. Schule und Volkshochschule waren für viele schon immer eher „Auswärtsspiel“ als „Heimspiel“, also eine fremde Welt, in die man sich nicht einbezogen fühlte. Misstrauen und Skepsis gegenüber institutioneller Bildung sind dann tief verankert und können nicht auf Knopfdruck wieder hergestellt werden.

| Beratung ist in der Weiterbildung bereits fest etabliert – dennoch erreicht die Weiterbildung Menschen mit Grundbildungsbedarf nur schlecht oder überhaupt nicht. Was muss sich ändern?

Zunächst: Auch bei Beratung gilt es, die „Komm-Struktur“ durch eine „Geh-Struktur“ zu ergänzen. In Bezug auf Grundbildung, nehmen wir das Beispiel Schriftsprache, hat sich zweierlei gezeigt: Zum einen ist der klassische Alphabetisierungskurs eher hochschwierig und voraussetzungsreich. Viele sogenannte „funktionale Analphabeten“ haben Strategien entwickelt, wie sie im Alltag meistens einigermaßen zurechtkommen – ohne Kurs. Zum anderen hat eine neuere Untersuchung aufgedeckt, dass der Gebrauch von Schriftsprache erheblich milieuspezifisch gefärbt ist. Das ist in der Grundbildungsarbeit bisher erst wenig aufgenommen worden. Gerade hier wären Formate zu entwickeln, die stärker lebensweltlich und sozialräumlich ansetzen, also am Alltagsgebrauch von Schriftsprache und da, wo geringe Schriftsprachenkenntnisse relevant werden für das alltägliche Handeln. Das kann am Arbeitsplatz sein, genauso aber in der Familie, beim Engagement in Verein oder Initiative usw. Hier müsste die Erwachsenenbildung bzw. die Grundbildungsarbeit eine Art „Sensorium“ entwickeln, um das zu erkennen.

| Volkshochschulen sind traditionell Orte, die von den Teilnehmenden aus Bildungsinteresse aufgesucht werden. Welche Konsequenzen hat die Forderung nach Sozialraumorientierung für diese Einrichtungen?

Der Gedanke der „Aufsuchenden Bildungsarbeit“ ist eigentlich unmittelbar mit Sozialraumorientierung verknüpft. Das bedeutet, es geht darum, die gewohnten Routinen der Programmplanung und -durchführung und Lernortnutzung aufzubrechen. Wichtig ist aber auch hier ein gedanklicher Perspektivwechsel: Räume und Orte sind nicht nur physisch, material und geographisch zu sehen, sondern haben



auch eine „mentale“ Seite. Verkürzt: Wir „bewohnen“ die (physischen) Orte im doppelten Sinn – material und mental, und wir sind an einem Ort erst wirklich zu Hause, wenn wir ihn uns „angeeignet“ haben. Das lässt sich sehr gut übertragen auf die Thematik der Lern- und Bildungsorte und wie sie gestaltet sind. Die VHS als Lernort ist möglicherweise (geographisch) weit weg, aber zugleich auch (mental) fremd – selbst wenn man physisch anwesend ist.

| Volkshochschulen halten häufig ein umfangreiches Programmangebot vor, dennoch werden Menschen mit Grundbildungsbedarf nicht angesprochen. Wie muss sich das Programmangebot ändern?

Wenn man an Menschen mit Grundbildungsbedarf oder sog. „Bildungsferne“ denkt, geht es, wie ich skizziert habe, hauptsächlich darum, konzeptionell, in Bezug auf Formate etwas zu verändern. Dabei können Grenzen etwa zwischen Sozialarbeit, Kulturarbeit und Bildungsarbeit im klassischen erwachsenenpädagogischen Sinn unscharf werden.

| Welche (neuen) Kompetenzen benötigt das Personal in Volkshochschulen, um Aufsuchende Bildungsarbeit in ihre Arbeit integrieren zu können?

In unseren Arbeiten ist deutlich geworden, dass Einrichtungen und deren Mitarbeitende, die sich vornehmen, mit sogenannten „bildungsfernen“ Zielgruppen zu arbeiten, ihre eigenen Perspektiven auf diese reflektieren und oft auch auch korrigieren müssen. Es gilt dann, eingefahrene Sichtweisen und Handlungsabläufe infrage zu stellen. Daraus ergeben sich unmittelbar auch Folgen für die Programm- und Organisationsentwicklung. Das betrifft alle Ebenen: Einrichtungsleitungen, hauptamtliche pädagogische Mitarbeiter/-innen, Kursleitende, Mitarbeitende in Be-

ratungseinrichtungen innerhalb und außerhalb der Weiterbildung, Vertrauens- bzw. Brückenmenschen in der aufsuchenden Bildungsarbeit. Die Akteure der Weiterbildungslandschaft sind es meist nicht gewohnt, ihre Arbeit aus dieser Perspektive heraus zu gestalten. Ein spezifischer Qualifizierungsbedarf betrifft dabei etwa die Milieu- bzw. Zielgruppenkompetenz, interdisziplinäre Kompetenz, interkulturelle Kompetenz und Kommunikation, Beziehungsarbeit, Kompetenz für situative Beratung und Sozialraumorientierung.

| Die Förderung der Weiterbildung ist Aufgabe der Bundesländer. Wie sollten sich die Förderstrukturen verändern, damit Volkshochschulen und andere Bildungsträger dauerhaft Aufsuchende Bildungsarbeit durchführen können?

Da sprechen Sie das vielleicht Wichtigste zum Schluss an: Tatsächlich sind die Förderstrukturen in den Bundesländern in der Regel nicht auf diese Arbeit eingestellt. Es geht meist um Unterrichtsstunden und Teilnehmertage; somit bleibt vieles von dem unberücksichtigt, was für „Aufsuchende Bildungsarbeit“ notwendig ist. Der Aufbau neuer Netzwerkstrukturen, das Gewinnen von Vertrauens- bzw. Brückenmenschen, Qualifizierung und Unterstützung derselben – das alles ist in erheblicher Weise zeit- und personalintensiv und geht über das hinaus, was Weiterbildungseinrichtungen in der Regel leisten können und an Ressourcen zur Verfügung haben. Hier wäre ein Umdenken notwendig, etwa die Entwicklung von Kennzeichen, Merkmalen und Kriterien, die die Grundlage für eine angemessene Förderung dieser Weiterbildungsarbeit und -beratung wären, oder das Bereitstellen bestimmter Budgets für die Entwicklung und Erprobung von Konzepten und Formaten. Es muss klar sein: Zum Nulltarif geht das nicht. |



Die Fragen stellte Dr. Michael Lesky. Er ist Fachreferent für „Politik – Gesellschaft – Umwelt“ sowie Aufsuchende Bildungsarbeit beim Volkshochschulverband Baden-Württemberg e.V.